|  |  |
| --- | --- |
| Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Allianz Deutscher Designer anlässlich der Bundestagswahl 2021  |  |

**1. Werden Sie sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe und mit welchen Modifikationen? Wie wollen Sie es finanzieren? Falls nein: Aus welchen Gründen nicht? Welche Ihrer Forderungen kommen einem BGE am nächsten?**

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe und auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir GRÜNE Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Sie schützt vor Armut und garantiert das soziokulturelle Existenzminimum, ohne Sanktionen. Langfristig sollen existenzsichernde Sozialleistungen Schritt für Schritt zusammengeführt und die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So wollen wir einen transparenten sowie einfachen sozialen Ausgleich schaffen und verdeckte Armut überwinden. Die Leitlinie eines bedingungslosen Grundeinkommens dient dabei als Orientierung. Wir begrüßen und unterstützen Modellprojekte, um die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen.

**2. Die über 3 Millionen Selbständigen im Land wollen sich trotz der Krise auch weiter unternehmerisch engagieren. Damit dieses lohnend bleibt, müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern. Was wollen Sie für diese wachsende Gruppe von Erwerbstätigen tun?**

In der Pandemie haben wir GRÜNE uns für einen Unternehmer\*innenlohn in Höhe der Pfändungsfreigrenze (ca. 1.200 Euro) plus eine Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge - ein sogenanntes Existenzgeld - eingesetzt, das es nur in wenigen Bundesländern - z.T. für einen begrenzten Zeitraum - gab. Zukünftig würden wir in vergleichbaren Krisensituationen die Hilfsprogramme um ein solches Existenzgeld ergänzen. Mit einer Investitionsoffensive - öffentlich wie privat - wollen wir die Konjunktur anschieben, in Klimaschutz, Digitalisierung und moderne Infrastrukturen investieren und die Investitionskraft der Unternehmen stärken. Bei diesem Neustart soll auch unser Gründungskapital von 25.000 Euro unterstützen. Wir wollen die Abläufe und Regeln vereinfachen, Bürokratie abbauen und so mehr Zeit für die eigentliche Arbeit schaffen.

**3. Die Krise zeigt, wie verletzlich die Kunst- und Kulturszene ist, trotz ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Wie wollen Sie Kunst und Kultur auch in Zukunft unterstützen und, besser noch: schützen?**

Wir GRÜNE wollen Soloselbstständige in der Kultur- und Medienbranche besser sozial absichern und vergüten. Dafür fordern wir ein „Existenzgeld“ für die Zeit der Pandemie, Mindesthonorare für Selbstständige, einen leichteren Zugang zu den Versicherungssystemen sowie eine solidarische Bürger\*innenversicherung und eine Garantierente. Kulturschaffende müssen angemessen an den Gewinnen der großen digitalen Plattformen beteiligt werden. Wir wollen verhindern, dass jemand wegen der Folgen der Pandemie aus der Künstlersozialkasse fällt. Mit einer nachhaltigen (Wiederaufbau-)Strategie sollen die Kommunalfinanzen als wichtige Grundlage für die kulturelle Infrastruktur gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir das Zuwendungsrecht so reformieren, dass Kultureinrichtungen leichter Rücklagen für Notsituationen bilden können. Mit mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie einem Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss wollen wir Kulturorte langfristig absichern. Perspektivisch wollen wir ein Sonderprogramm „Kulturraumschutz" umsetzen.

**4. Ausschreibungen von Designleistungen, gerade die der öffentlichen Hand, sind immer noch gekennzeichnet von viel zu niedrigen Honoraren und der Forderung, mit Abgabe des Angebotes kostenlose Entwürfe, die zentrale Leistung von Designer:innen, einzureichen. Wie werden Sie das nachhaltig ändern?**

Wir GRÜNE wollen in der öffentlichen Vergabe die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien stärken und verbindlicher machen. Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf ein Bundestariftreuegesetz. Dadurch verbessern sich auch die Voraussetzungen für angemessene Honorare für Selbstständige. Unfaires Preis-Dumping wollen wir durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen unterbinden. Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich zudem künftig leichter tariflich organisieren können, um branchenspezifisch weitere verbindliche Honoraruntergrenzen zu vereinbaren.

**5. Das letzte Jahr hat verdeutlicht, dass Deutschland im internationalen Vergleich immer noch ein digitales Entwicklungsland ist. Darunter leiden u.a. Wirtschaft und Bildung. Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität in Deutschland stehen auf dem Spiel. Wie wollen Sie diese Rückständigkeit beseitigen?**

Wir GRÜNE brauchen eine große digitale Aufholbewegung, denn wir müssen eine der zentralen Infrastrukturen unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und unserer Wirtschaft gestalten. Mit einer Förderstiftung unterstützen wir gemeinwohlorientierte Lösungen. Wir wollen Innovationseinheiten in allen Ministerien und agileres Arbeiten umsetzen. Wir setzen klare Verantwortlichkeiten auf Plattformmärkten und bei digitalen Geräten durch. Um den Staat zu modernisieren, lernfähiger und bürgerorientierter zu machen, schaffen wir etwa den mobilen Personalausweis auf dem Smartphone (Wallet-Lösungen). Mit mehr barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und sicheren digitalen Beteiligungsformaten modernisieren wir die Verwaltung. Offene Standards machen wir zum Normalfall bei der Vergabe öffentlicher Gelder und Aufträge. Wir stärken Start-ups mit einem Gründungskapital und modernen Ausschreibungskriterien. Mit Zertifizierung und einem Recht auf Reparatur fördern wir nachhaltige Soft- und Hardware.

**6. Die Künstlersozialkasse erlaubt geringe, nicht-kreative Einnahmen. Wer in Krisen andere Einnahmen braucht, wer seine Wertschöpfung mit Kleinserien, Modekollektionen u.Ä. erhöhen will, fliegt aus der KSK. Unternehmerischer Erfolg wird so behindert. Was wollen Sie gegen diese Hindernisse unternehmen?**

Wir GRÜNE befürworten die Erleichterungen, die in der Pandemie geschaffen wurden. Künstler\*innen, deren Einkommensquelle weggebrochen ist, müssen die Möglichkeit bekommen, sich andere Einkommensquellen zu erschließen, ohne die KSK verlassen zu müssen. Wir werden prüfen, inwieweit diese Regeln nach der Pandemie weitergeführt und verbessert werden können.

**7. Fotografen können als Freiberufler (Design, Kunst) oder Gewerbe (Handwerk) arbeiten. Doch die Kammern entscheiden - verbunden mit lebenslanger Zwangsmitgliedschaft. Ein Wechsel ist nicht möglich - ein Berufsverbot für freiberufliche Fotografen. Was werden Sie gegen diese Ungerechtigkeit unternehmen?**

Wir GRÜNE wollen die schwierige Abgrenzung von Handwerk, Kunst und Design klarer ziehen. Dafür müssen die Kammern reformiert werden. Sie müssen den Erhalt von Betrieben in den Vordergrund stellen. Auch die Aufsicht über die Kammern wollen wir reformieren. Kammern mit Pflichtmitgliedern tragen eine besondere Verantwortung, insbesondere was die eigene demokratische Organisation, Transparenz, Effizienz, Beteiligung und Gesamtinteressenvertretung betrifft. Ansonsten ist eine Pflichtmitgliedschaft nicht vertretbar. Handwerkskammern können kein Berufsverbot gegen Fotografen aussprechen, da die Fotografie nicht meisterpflichtig ist. Durch eine Eintragung in die Handwerksrolle entsteht jedoch eine Verpflichtung, Beiträge zu zahlen. Diese Beiträge sind je nach Handwerkskammer sehr unterschiedlich. Unser Ziel ist es, dass diese Beiträge angemessen, transparent einsehbar und vergleichbar sind. Sie dürfen z.B. Nebentätigkeiten nicht verhindern.

**8. Einzelunternehmer können die Gewerbesteuer bis zum Hebesatz von 420 % auf die Einkommensteuer anrechnen. Gewerbliche Kreative haben so teilweise eine höhere Steuerlast gegenüber freiberuflichen Kollegen zu tragen. Welche Maßnahmen planen Sie, um hier eine steuerliche Gleichbehandlung herzustellen?**

Die Differenzierung zwischen Gewerbebetrieben und selbstständiger Arbeit ist im Steuerrecht historisch gewachsen. Auch wir GRÜNE sehen, dass diese Differenzierung durchaus kritisch hinterfragt werden kann. So besteht insbesondere bei der Gewerbesteuer eine erhebliche Ungleichbehandlung. Da auch Selbstständige und Angehörige der freien Berufe die kommunale Infrastruktur nutzen, erscheint die unterschiedliche Behandlung zumindest an dieser Stelle nicht mehr zeitgemäß. Insofern stehen wir einer Reform hier perspektivisch offen gegenüber.